



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 08.06.2016, 17:04 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

HEIMVORTEIL/Erstwohnsitzkampagne für
Studierende und Projektverlängerung

Vorl.Nr. 161/16

Beschluss:

1. Die Wohnsitzkampagne, deren Durchführung bis einschließlich des Jahres 2016 beschlossen wurde, wird auch in dem Jahr 2017 durchgeführt.
2. Mit der Fortsetzung der Durchführung der Erstwohnsitzkampagne wird wiederum die Firma AMARETIS aus Göttingen auf der Basis ihres Angebotes vom 09.03.2016 zur Fortführung der Wohnsitzkampagne in Ludwigsburg in Höhe von ca. 55.000,00 Euro inkl. MwSt. beauftragt.
3. Die Verwaltung berichtet auch weiterhin regelmäßig über den Stand des Projektes, planmäßig wieder Anfang 2017

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

Herr **Bergmann** und Herr **Vicente** (AMARETIS Agentur für Kommunikation GmbH) geben anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, einen Überblick über die Entwicklung der Wohnsitzkampagne Heimvorteil Ludwigsburg und zeigen noch mögliche Handlungsbedarfe auf.

Stadtrat **Meyer** sieht das Projekt insgesamt als gelungen an und äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Mit Blick auf mögliche Verbesserungen regt er an, die Heimvorteil-Karte künftig direkt auszustellen, analog zur Saisonkarte für das Blühende Barock. Auch könnte von der Stadt ein Erstsemester-Fest für Studierende aller Ludwigsburger Hochschulen angeboten werden. Dieses könnte sogar in Verbindung mit einem der bereits existierenden Stadtfesten und mit Unterstützung der örtlichen Gastronomiebetriebe

stattfinden. Beim Erstsemester-Fest könnte die Stadt zudem mit einem Stand all ihre Leistungen und

TOP 1

HEIMVORTEIL/Erstwohnsitzkampagne für Studierende und Projektverlängerung

Vorl.Nr. 161/16

Angebote umfassend und zielgruppengerecht präsentieren.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** dankt für den ausführlichen und ehrlichen Bericht. Sie findet es gut und sinnvoll, dass bei der Präsentation auch auf mögliche Nachbesserungen eingegangen wurde. Zudem weist sie auf die geänderten Informationsgewohnheiten der jungen Menschen hin und fragt in diesem Zusammenhang, ob für die Kampagne alle sozialen Netzwerke ausreichend genutzt werden. Die bisherige Entwicklung der Wohnsitzkampagne erachtet sie als sehr gut und sieht darin einen großen Nutzen für die Stadt und den beteiligten Einzelhandel. Für Stadträtin Steinwand-Hebenstreit offenbart sich bei diesem Thema jedoch auch die Diskrepanz, dass es wahrscheinlich zu wenig bezahlbare Wohnungen für Studenten und allgemein für junge Menschen in Ludwigsburg gebe. Sie schlägt vor, den Berichtsturnus auszuweiten und in größeren Abständen zu berichten. Stadträtin Steinwand stimmt im Namen der Grünen-Fraktion dem Beschluss-vorschlag der Verwaltung zu.

Stadtrat **von Stackelberg** sagt, dass die SPD-Fraktion sich gefragt habe, ob das Verfahren zur Beantragung der Heimvorteil-Karte nicht eher umständlich und der Situation der Studenten unangepasst sei. Zum Beispiel sei vielen Studenten nicht klar, wo sie die Heimvorteil-Karte bekommen und sie einlösen können. Das seien Hürden, die sehr schnell abschrecken und sich auf den Erfolg der Kampagne negativ auswirken können. Laut Stadtrat von Stackelberg betreiben andere Städte weniger Aufwand mit ähnlichen Kampagnen. Sie zahlen beispielsweise einen einmaligen Betrag an die Studierenden aus oder übernehmen die Kosten für ein Semesterticket im ÖPNV. Die Kosten für den Verwaltungsaufwand, der im Bürgerbüro durch die Kampagne entstehe, seien nach Ansicht der SPD-Fraktion noch nicht einkalkuliert worden. Auch die Folgekosten für die Heimvorteil-Kampagne (z.B. für Werbung) erscheinen der Fraktion zu hoch. Stadtrat von Stackelberg bittet die Verwaltung, die Folgekosten auf mögliche Einsparungen zu überprüfen und zeigt zugleich als kostengünstigere Werbealternative die Nutzung des Hochschulverteilers auf, in dem alle Studierende eingetragen sind. Am Schluss seines Redebeitrags kündigt Stadtrat von Stackelberg die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

Auch Stadträtin **Moersch** sagt, dass andere Hochschulstandorte ihre Erstwohnsitz-Kampagnen mit deutlich niedrigerem finanziellem Aufwand gestalten. In Ludwigsburg habe man im Jahr 2012 beschlossen, die Erstwohnsitz-Kampagne so anzustoßen, wie sie aktuell auch ist. Dennoch sei es legitim und sinnvoll die damit verbundenen Kosten kritisch zu hinterfragen. Seit dem Kampagnenstart sei der Hauptwohnsitzanteil allgemein um 8% gestiegen. Dabei haben sich wegen der Kampagne lediglich 9% der Studierenden mit Hauptwohnsitz in Ludwigsburg angemeldet. Diese Zahlen erachtet Stadträtin Moersch nicht als durchschlagenden Erfolg. Ihrer Ansicht nach müsse die Kampagne bekannter werden, um die erhofften Ergebnisse zu erzielen. Als Beispiel für eine sehr gelungene Erstwohnsitz-Kampagne nennt Stadträtin Moersch den Hochschulstandort Münster. Das könnte auch für Ludwigsburg als best-practice-Beispiel dienen. Abschließend äußert sie die Zustimmung der Freie Wähler-Fraktion zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Stadtrat **Heer** geht auf die in der Vorlage enthaltenen Zahlen ein. Seiner Meinung nach sei eine Bilanz über den Zuwachs der Erstwohnsitzanmeldung und den Abgang der Studierenden in den Ludwigsburger Hochschulen notwendig, um den Erfolg der Kampagne genau beziffern zu können. Für ihn stellt sich auch die Frage, ob die Stadt mit der Kampagne mittlerweile an einem Punkt angelangt sei, an dem die Erstwohnsitzanmeldungen zum Selbstläufer geworden sind.

Aus diesem Grund und auch um künftig Kosten einzusparen, fragt sich Stadtrat Heer, ob die Heimvorteil-Kampagne nach dem Jahr 2017 fortgeführt werden soll. Trotz der Skepsis ist er von der Sinnhaftigkeit der Kampagne überzeugt und äußert die Zustimmung der FDP.

TOP 1

HEIMVORTEIL/Erstwohnsitzkampagne für Studierende und Projektverlängerung

Vorl.Nr. 161/16

Stadtrat **Kube** hebt hervor, dass Angebote für Studierende grundsätzlich wichtig seien. Sie sollten jedoch entbürokratisiert werden. Seiner Ansicht nach können die Studierenden auch mit weniger kostenintensiven Mitteln sehr gut erreicht werden.

Stadtrat **Herrmann** hält einen Beschluss für die nächsten zwei Jahre für sinnvoll, um dadurch die Verwaltung und die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales zu entlasten.

Herr **Schindler** (Fachbereich Bürgerdienste) bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für ihre Stellungnahmen und die überwiegend positiven Rückmeldungen. Aus der Analyse der Kampagne habe man verschiedene Erkenntnisse gewonnen. Einige seien bereits bei der Präsentation erwähnt worden. Eine weitere gewonnene Erkenntnis sei die Notwendigkeit eines laufenden Controllings bei diesem Projekt. Bislang sei dies aus organisatorischen Engpässen im Fachbereich Bürgerdienste nicht durchgeführt worden. Auch die hervorgebrachten Verbesserungsvorschläge der Ausschussmitglieder sollen künftig Berücksichtigung finden. Zur besseren Bearbeitung möchte man im Bürgerbüro die Fallart einrichten und stärker zur Heimvorteil-Karte beraten – auch mit dem Ziel, den Gesamtvorgang zu entbürokratisieren. Herr Schindler betont, dass die Kampagne nachhaltig sein müsse, um die Ummeldung des Erstwohnsitzes langfristig zu sichern.

EBM **Seigfried** erklärt in diesem Zusammenhang, dass es bundesweit kein absolutes Modell für eine Wohnsitzkampagne gebe, sondern mehrere Modelle, die an die jeweiligen Kommunen angepasst seien und deutlich von einander divergieren können.

Herr **Bergmann** geht auf die Kosten ein und erklärt, dass für die Kampagne bis Ende des Sommersemesters Gesamtkosten von 247.474 Euro Netto entstehen werden. Darin seien 32.450 Euro für den Agentur-Service von AMARETIS enthalten.

Nach Aussage von EBM **Seigfried** sei im Laufe der Kampagne nicht gemessen worden, wie viel Arbeitszeit in Zusammenhang mit der Heimvorteil-Karte benötigt werde. Sicherlich entstehen durch die Arbeit der Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter auch Kosten. Doch die Stadt sehe diese als Serviceangebot an die Bürgerinnen und Bürger und erachte sie als notwendig zur effektiveren Gestaltung des Stadtmarketings.

Stadtrat **Heer** stellt erneut die Frage, ob die Erstellung einer Bilanz zu den An- und Abmeldungen der Studierenden möglich sei, um dadurch Wanderung und Zugewinn besser erkennen und die Effektivität der Kampagne genauer bestimmen zu können.

EBM **Seigfried** antwortet, die Messziffer sei die Anzahl der Studierenden, die sich mit Erstwohnsitz in Ludwigsburg angemeldet haben. Man werde die Anzahl der Studierenden, die sich in Ludwigsburg mit Erst- oder Zweitwohnsitz angemeldet haben, an die Mitglieder des Ausschusses kommunizieren. Ebenso soll aufgezeigt werden, wie viele Studierende durch die Kampagne erreicht werden. EBM **Seigfried** greift zudem das Anliegen von Stadtrat **Herrmann**, den Beschluss für zwei Jahre zu fassen, auf und stellt dieses zur Diskussion.

Stadtrat **von Stackelberg** fragt nach Erfahrungswerten und wirtschaftlichen Vergleichsrechnungen in Zusammenhang mit einem anderen Modell (z. B. die Auszahlung von Geld).

EBM **Seigfried** entgegnet, dass diese Frage bereits vor der Einführung der Kampagne gestellt wurde. Eine Berechnung sei zwar prinzipiell leicht möglich, jedoch gelte es hier auch den Effekt der Imagekampagne und die Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel zu berücksichtigen.

Stadtrat **Meyer** rät davon ab, im jetzigen Zeitpunkt ein komplett neues Modell anzugehen. Mit Blick auf die unterschiedlichen Verbesserungsansätze für die laufende Kampagne erachtet

TOP 1

HEIMVORTEIL/Erstwohnsitzkampagne für Studierende und Projektverlängerung

Vorl.Nr. 161/16

er die Festlegung auf ein Jahr als sinnvoll. Nach einem Jahr könnten erneut die Verbesserungsmaßnahmen und die Kosten evaluiert werden. Anschließend wäre eine Festlegung auf zwei Jahre denkbar.

Stadtrat **Heer** pflichtet EBM **Seigfried** zur Marketingkampagne bei. Dennoch sollten seiner Meinung nach die Marketingkampagne und die Anmeldung des Erstwohnsitzes getrennt betrachtet werden.

Stadträtin **Moersch** würde ebenfalls nach einem Jahr einen erneuten Bericht über den Fortschritt der Kampagne begrüßen.

Nach der Aussprache stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 161/16 zur Abstimmung.

TOP 2

KiFa plus - Unterstützung von obdachlosen Familien

Vorl.Nr. 127/16

Beratungsverlauf:

Frau **Burk** (Fachbereich Bildung und Familie) stellt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigefügt ist, das Projekt KiFa plus zur Unterstützung von obdachlosen Familien vor.

Stadtrat **Meyer** lobt das Konzept, das hinter dem Projekt steckt, und begrüßt die finanzielle Förderung durch die Stiftung Kinderland Baden-Württemberg. Mit Blick auf die Zukunft und anlässlich der gegebenen Fluktuation der Bewohnerzahlen in den Unterkünften fragt er, wie Kinder aus obdachlosen Familien weitergehend gefördert werden könnten und welche Möglichkeiten zur stärkeren Einbindung der Eltern darin bestünden. Eine engere Vernetzung des Projekts KiFa plus mit bereits bestehenden Angeboten hält Stadtrat Meyer für notwendig.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** hält es für sinnvoll eine Fachkraft direkt vor Ort zu haben und erkundigt sich nach der beruflichen Qualifikation, die diese Fachkraft mitbringen sollte. Eine vernetzte Zusammenarbeit mit anderen Stellen der Obdachlosenbetreuung sei laut Stadträtin Steinwand-Hebenstreit sehr wichtig, um schneller den Weg in das selbständige Wohnen zu ebnen. Zudem möchte sie wissen, ob es möglich sei, noch früher mit der Hilfe anzusetzen, noch bevor die Familien in die Obdachlosigkeit geraten.

Stadträtin **Faulhaber** ist sehr erfreut darüber, dass der Antrag der Verwaltung bei der Stiftung Kinderland Baden-Württemberg erfolgreich gewesen ist. Sie sieht in dem Projekt KiFa plus eine gute Chance, Kinder und Jugendliche in prekären Lebenssituationen besser zu unterstützen und ihnen Bildung und Teilhabe zu ermöglichen. Gleichzeitig äußert Stadträtin Faulhaber den Wunsch, dass sich der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales innerhalb der nächsten 12 Monate stärker mit dem Thema Obdachlosigkeit beschäftigt, um den Betreuungsbedarf der obdachlosen Menschen auch an anderen Standorten in Ludwigsburg eventuell zu verbessern.

Stadträtin **Moersch** lobt ebenfalls das gute Konzept des Projekts. Da die Obdachlosigkeit Kinder und Jugendliche besonders schwer treffe, sei es gut, dass für die nächsten drei Jahre eine Fachkraft zur Unterstützung und Aktivierung in der Unterkunft in der Teinacher Straße 11 sein werde. Stadträtin Moersch hebt die Wichtigkeit der Vernetzung dieses Projekts mit dem KiFa-

TOP 2

KiFa plus - Unterstützung von obdachlosen Familien

Vorl.Nr. 127/16

Programm hervor, um obdachlosen Menschen eine Lebensperspektive aufzeigen zu können. Auch die Leistungen der vielen Ehrenamtlichen seien in diesem Zusammenhang sehr wertvoll. Stadträtin Moersch wünscht sich nach einem Jahr einen Bericht über den Erfolg des Projekts.

Stadtrat **Heer** plädiert dafür, das Ziel des Projekts, nämlich sicher zu stellen, dass die Kinder von obdachlosen Familien durch die angebotene Hilfe weiterhin den Kindergarten oder die Schule besuchen können, nicht aus dem Blick zu verlieren. Zudem fragt er nach der Kostenzusammenstellung für die neugeschaffene 50%-Personalstelle.

Stadtrat **Kube** betont, dass man bereits früher gegensteuern sollte, damit ein Verlust der Wohnung aus finanziellen Gründen erst gar nicht möglich werde. Der Unterstützung von Obdachlosen stimmt er zu und sieht diese als eine notwendige Aufgabe.

Die Wortmeldung von Stadtrat **Kube** zum Anlass nehmend sagt EBM **Seigfried**, dass bei der Wohnungslosenhilfe Ludwigsburg gGmbH eine Stelle eigens für die Präventionsarbeit eingerichtet wurde. Dadurch soll eine frühzeitige Intervention bei wohnungsgefährdenden Situationen ermöglicht werden. Zugleich betont er, dass Menschen aus unterschiedlichen Gründen in die Obdachlosigkeit geraten. Diese Grundproblematik werde man auch künftig, trotz diverser Hilfsinstrumente, nicht absolut lösen können. EBM Seigfried weist darauf hin, dass die Unterkunft in der Teinacher Straße von Beginn an priorisiert worden sei als Einrichtung für Familien, Alleinerziehende mit Kindern oder für Menschen mit einer Entwicklungsperspektive. Die Inhaberin der neuen Personalstelle soll überall dort eingesetzt werden, wo Familien mit Kindern unterstützt werden müssen. Für die Zukunft seien weitere Einrichtungen wie diese in der Teinacher Straße geplant – beispielsweise in der Marbacher Straße. Zusammen mit der Unterkunft im Riedle gebe es dann 3 Unterkünfte dieser Art im Stadtgebiet. Ob diese ausreichend sein werden, könne nicht vorausgesagt werden, da man nicht wisse, wie sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen entwickeln werde. EBM Seigfried versichert, dass der erste Zwischenbericht zum vorliegenden Beratungsthema wie gewünscht im ersten Halbjahr 2017 erfolgen werde. Auch werde ein Beratungsschwerpunkt auf das Thema Obdachlosigkeit gelegt und aufgegriffen werden.

Auf die Fragen nach der neugeschaffenen 50%-Personalstelle antwortend sagt Frau **Schmetz**, dass hierfür eine Sozialpädagogin gesucht werde. Die Eingruppierung soll in SOE 11B erfolgen.

TOP 3

Bericht der Polizei über die Kriminalstatistik 2015
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Herr **Neuweiler** (Leiter des Polizeireviers Ludwigsburg) stellt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die polizeiliche Kriminalstatistik 2015 vor.

EBM **Seigfried** betont in diesem Zusammenhang, dass die Stadt enge Kooperationsstrukturen

mit der Landespolizei entwickelt habe. Zudem versuche die Stadt durch ihren Kommunalen Ordnungsdienst verstärkt an den Abenden und Wochenenden Präsenz zu zeigen und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gemeinsam mit der Polizei zu gestalten.

Stadtrat **Herrmann** dankt für den ausführlichen Bericht. Durch die objektiven Zahlen der

TOP 3

Bericht der Polizei über die Kriminalstatistik 2015
- mündlicher Bericht

Kriminalstatistik werde manch subjektive Wahrnehmung versachlicht. Er bittet, dass die präsentierte Kriminalstatistik auch digital zur Verfügung gestellt werde. Zudem möchte er mehr Informationen speziell zum Thema Internetkriminalität haben und fordert die Polizei auf, dass sie der Verwaltung mitteilen möge, welche allgemeinen Verbesserungen im Stadtgebiet (z. B. Versetzung von Straßenlampen) sinnvoll wären, um Kriminalität vorzubeugen. Stadtrat Herrmann appelliert an die Bevölkerung, alle Vorfälle, auch kleinere, der Polizei zu melden. So können diese einerseits aufgeklärt werden und andererseits tragen die Meldungen dazu bei, die Kriminalstatistik noch repräsentativer zu gestalten und Präventionsmaßnahmen zu generieren.

Auch Stadtrat **Haller** begrüßt die objektiven Zahlen der Kriminalstatistik, weil häufig das subjektive Gefühl Ängste verursache. Dem könne die sachliche Information entgegenwirken. Stadtrat Haller wüsste gerne, ob sich bei den Fahrraddiebstählen eine Tendenz abzeichne und ob diese an bestimmten Orten in der Stadt häufiger gestohlen werden. Zudem fragt er, welche Art der Kriminalität in der Kriminalstatistik erfasst werde.

Stadträtin **Faulhaber** spricht der Polizei ihre Anerkennung für die Arbeit zur Bekämpfung der Wohnungseinbrüche aus. Mit Blick auf die gestiegene Anzahl der Übergriffe gegenüber Polizeibeamten fragt sie, wo die Polizei Ansatzpunkte für eine aktive Unterstützung durch die Gesellschaft sehe. Stadträtin Faulhaber betont zudem die Notwendigkeit einer stärkeren Polizeipräsenz am Bahnhof. Auch sollten ihrer Ansicht nach neue Streifgänge für weitere Stadtbereiche in Erwägung gezogen werden. Dabei sehe sie neben der Innenstadt einen weiteren Schwerpunkt im größeren Oststadtbereich.

Stadtrat **Dengel** bezeichnet die Entwicklungen bei der Bekämpfung der Kriminalität, insbesondere der Wohnungseinbrüche, als erfreulich und sieht die gute Arbeit der Polizei als Hauptgrund hierfür. Sorge bereite ihm dennoch die Zunahme der Körperverletzungsdelikte im öffentlichen Raum. Eine stärkere Polizeipräsenz würde nach Auffassung von Stadtrat Dengel hier Abhilfe schaffen. Zudem begrüßt er das konsequente Vorgehen der Justiz bei Übergriffen auf Polizisten.

Laut Stadtrat **Heer** zeige die Kriminalstatistik erfreuliche Tendenzen auf. Dennoch gebe es 7.780 Straftaten im Jahr, was rund 20 Straftaten pro Tag ausmache. Man sollte daran arbeiten, dass diese Zahl weiter sinkt. Auffallend in der Kriminalstatistik sei, dass die Roheitsdelikte und die Diebstähle überwiegen. Auch hierauf sollte ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Stadtrat Heer plädiert für mehr Polizeipräsenz vor Ort.

Auf die Frage von Stadtrat **Herrmann** zur Internetkriminalität antwortend sagt Herr **Neuweiler**, dass diese im Landkreis Ludwigsburg im Rückgang begriffen sei. Die Fälle haben sich von 143 auf 96 reduziert. Beim Polizeirevier Ludwigsburg gebe es zwei Mitarbeiter, die sich speziell mit dem Thema Internetkriminalität beschäftigen. Dies sei jedoch eine ziemlich schwierige Materie, weil die Täter überall auf der Welt sitzen können. Herrn Neuweiler erklärt zudem, dass eine Vernetzung der Polizei mit dem Arbeitskreis „Sichere Stadt“ bestehe. Ein enger Kontakt zu den entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sei ebenfalls gegeben. Bezug auf die Frage von Stadtrat **Haller** nehmend sagt Herr Neuweiler, dass die Kriminalstatistik das sogenannte Hellfeld Kriminalität darstelle, also alle Straftaten, die zur Anzeige gebracht oder die aufgrund eigener Ermittlungen der Polizei festgestellt wurden.

Straftaten, die nicht zur Anzeige kommen, werden nicht aufgeführt.

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales nimmt den Bericht über die Kriminalstatistik 2015 zur Kenntnis.

TOP 4

Integrierte Leitstelle

Vorl.Nr. 169/16

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die Vorl.Nr. 169/16 und eröffnet sofort die Aussprache.

Stadtrat **Köhle** habe vor kurzem bei einer Übung in der Hauptwache erlebt, wie es zu einem systembedingten Fehlalarm in der Leitstelle kam. Stellungnahmen von Frau **Jansen** (Fachbereich Prüfung und Revision beim Landkreis Ludwigsburg) und Herrn **Thoß** (Kommandant der Ludwigsburger Feuerwehr) zu diesem Sachverhalt lägen bereits vor. Frau Jansen versichere in ihrer Stellungnahme vom 07.04.2016, dass die Fehleralarmierung durch ein Update behoben werden konnte. Herr Thoß erkläre, dass das volle Leistungsspektrum erst seit Ende April beziehungsweise Anfang Mai 2016 zur Verfügung stünde. Stadtrat Köhle möchte wissen, ob die Leitstelle nun voll funktionsfähig sei und bei Großwetterlagen bereits getestet und bewertet werden konnte. Fragen zur Funktionsfähigkeit der Leitstelle ergeben sich insbesondere auch dadurch, dass es zwei Jahre nach Inbetriebnahme immer noch keine Schlussabrechnung gebe. Für die CDU-Fraktion sei dies ein Zeichen dafür, dass das System ständig überarbeitet werden müsse und nicht fehlerfrei sei. Stadtrat Köhle fragt zudem, wieso ein großer Bedarf an zusätzlichem Personal besteht. Ein möglicher Grund hierfür könnte seiner Meinung nach sein, dass dadurch Systemfehler kompensiert werden sollen. Stadtrat Köhle betont, dass die CDU-Fraktion die Arbeit der Disponenten in der Leitstelle sehr schätze und nicht in Frage stelle. Der gestellte Antrag zielt vornehmlich auf die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt.

Auf die angesprochene Funktionsfähigkeit der integrierten Leitstelle eingehend sagt Frau **Jansen**, diese habe sich bereits in der Praxis bewährt. Als es letzte Woche am Sonntag während des Ludwigsburger Pferdemarkts zu einer Unwetterlage in der Gegend um Ludwigsburg gekommen sei, hatte die Leitstelle keinerlei Probleme. Alle eingegangenen Anrufe konnten abgearbeitet werden. Die Schlussrechnung liege vor. Die Schlussabnahme der Technik der Leitstelle sei bereits Anfang des Jahres 2016 erfolgt. Mittlerweile befinde man sich im Bereich der Wartungsverträge. Allerdings müsse die Abschlussrechnung noch endgültig geprüft werden und sei aus diesem Grund dem Kreistag noch nicht vorgelegt worden. Der höhere Disponenten-Bedarf ergebe sich laut Frau Jansen daraus, dass anfangs die Leitstelle auf einem Gutachten von Dr. Schmiedel zum Personalbedarf geplant wurde. Dieses Gutachten berechnete sich durch die Durchschnittszeit zur Abarbeitung eines Einsatzes. Im Laufe der Zeit sei jedoch festgestellt worden, dass durch zusätzliche Aufgaben sowie einem erhöhtem Anrufaufkommen in der Leitstelle, der Personalbedarf knapp bemessen war. Dies führte zu einem neuen Gutachten basierend auf Ist-Zahlen. Das zweite Gutachten habe ergeben, dass ein erhöhter Personalbedarf bestehe, wenn man eine Abfangsicherheit von über 98% in der Leitstelle erreichen möchte. Das bedeute jedoch nicht, dass aktuell Notrufe nicht angenommen werden können. Es bedeute lediglich, dass es zu längeren Wartezeiten am Telefon kommen könnte bis der Anruf angenommen werde. Der erhöhte Personalbedarf der Leitstelle sei bereits in den Gremien des Kreistags im Rahmen des Wirtschaftsplans beraten worden. Zudem sei in enger Kooperation mit der Feuerwehr ausgearbeitet worden, wie die Plätze besetzt werden müssen. Frau Jansen sieht in der engeren Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Rettungsdienst klare Vorteile für die Effizienz der Leitstelle.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass eine weitere Disponenten-Stelle benötigt werde. Der Kreis habe seine Unterstützung zugesagt, es seien jedoch noch weitere Gespräche mit anderen Partnern, wie den Krankenkassen, zu führen. Es gelte den Disponenten-Arbeitsplatz rund um die Uhr an

jedem Tag zu besetzen. Hierfür werde mehr als eine Person benötigt. Zu berücksichtigen sei auch, dass ein Teil der Arbeitszeit, nämlich 25%, auf Einsatzdienste bei der Feuerwehr entfalle. Hinzu komme, dass es unterschiedliche Schichtdienste bei der Feuerwehr und dem DRK gebe, die harmonisiert werden müssen.

TOP 4

Integrierte Leitstelle

Vorl.Nr. 169/16

Herr **Thoß** äußert sich zur Poolalarmierung, die ein Leistungsmerkmal speziell für die Feuerwehr der Stadt Ludwigsburg ist. Den Begriff der Poolalarmierung erklärt er wie folgt: In der Stadt Ludwigsburg fänden mehrere Einsätze zeitgleich statt. Deshalb müsse die Software erkennen, welches Einsatzfahrzeug bereit stehe und welches im Einsatz oder ausgefallen ist. Zudem werden unterschiedliche Risikopotentiale auch unterschiedlich angedient. Fehler in der Risikobewertung führen dazu, dass es zu Fehlalarmierungen kommt. Mit Blick auf die Verfügbarkeit der ehrenamtlichen Kräfte sollte dies im Auge behalten werden. Es habe in der Vergangenheit erhebliche Probleme bei der Poolalarmierung gegeben, die soweit geführt haben, dass diese wegen der Alarmierungsunsicherheit abgeschaltet werden musste. Vor 14 Tagen habe die integrierte Leitstelle ein Update bekommen, da es sich hierbei um ein softwarebedingtes Problem gehandelt habe. Im Alltagsgeschäft funktioniere dieses Update sehr gut. Seine Funktion unter größerer Belastung sei noch nicht bestätigt, aber man gehe davon aus, dass es auch unter solchen Bedingungen funktionieren werde. Sollte dies nicht der Fall sein, müsste die Poolalarmierung erneut abgeschaltet werden. Dieses Problem habe laut Herrn Thoß eine besonders hohe Gewichtung wegen der vielen Einsätze der Ludwigsburger Feuerwehr.

Stadtrat **Heer** erinnert an das Entstehen der integrierten Leitstelle durch das Zusammenlegen von zwei bestehenden Einrichtungen. Dies sei notwendig gewesen, weil die Technik veraltet war. Positiv wertet er, dass die Einsatzzeiten möglicherweise verringert werden konnten. Ebenso seien neue Synergieeffekte entstanden, die bestehende Mängel abdecken konnten. Die FDP habe keinerlei Bedenken. Wenn beim Personal nachgesteuert werden müsse, unterstütze sie dies.

EBM **Seigfried** teilt mit, dass die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsberatungen erneut auf den Gemeinderat bezüglich der Einrichtung einer siebten Stelle und der Finanzierungsverhandlung zur Refinanzierung zugehen werde.

Die Mitteilungsvorlage 169/16 nehmen die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales zur Kenntnis.

TOP 4.1

- Antrag der CDU-Fraktion vom 09.03.2016

Vorl.Nr. 092/16

Beratungsverlauf:

Der Antrag der CDU-Fraktion Vorl.Nr. 092/16 vom 09.03.2016 ist mit Beratung der Vorl.Nr. 169/16 erledigt.

Beschluss:

Unter der Voraussetzung, dass es sich dabei um Projekte in bürgerschaftlicher Verantwortung handelt, unterstützt die Stadtverwaltung die Suche nach geeigneten Standorten, bevorzugt in den Stadtteilen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die Vorl.Nr. 139/16 und auf den vorliegenden Antrag der ÖkoLinX Vorl.Nr. 150/15 vom 19.04.2015.

Stadtrat **Kube** sieht das Foyer des Kulturzentrums als einen möglichen Platz für ein Bücherregal an. Zusätzlich könnte auch in den Stadtteilen nach geeigneten Plätzen gesucht werden.

Stadtrat **Haller** ist überzeugt, dass das Geld für dieses Projekt gut investiert sei. Wenn man damit Menschen erreichen möchte, die zuvor nicht erreicht wurden, dann wäre ein Standort sinnvoll, der nicht nur durch Kulturinteressierte frequentiert werde, sondern von einem breit gefächerten Publikum. Als Beispiel nennt er den Vorplatz des Neckarweihinger Marktplatzes. Stadtrat Haller könnte sich auch gut vorstellen, dass Gastronomen in der näheren Umgebung solcher Bücherregale an deren Kontrolle und Pflege beteiligt werden.

Stadtrat **von Stackelberg** findet es gut, dass in der heutigen Sitzung über das Konzept der Bücherregale diskutiert werde. Er bemängelt jedoch, dass die Vorlage der Verwaltung keine konkreten Umsetzungsvorschläge enthalte. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass Bücherregale nicht nur in den Stadtteilen, sondern durchaus auch im zentralen Innenstadtbereich aufgestellt werden sollten. Hierzu hätte Stadtrat von Stackelberg konkrete Vorschläge und insbesondere eine schnelle Umsetzung erwartet. Besonders wichtig sei es, aktiv zu werden und die Öffentlichkeit baldmöglichst über das Projekt zu informieren. Die SPD-Fraktion unterstütze das Projekt und plädiere für eine schnelle Umsetzung. Eine thematische Steuerung (z. B. mit dem Aufstellen eines Bücherregals am Synagogenplatz und der entsprechenden Literatur) wäre als weitere Option möglich.

Trotz mancher Skepsis scheine das Konzept der Bücherregale gut und problemfrei zu funktionieren. Dies bezeugen laut Aussage von Stadtrat **Herrmann** die Erfahrungen anderer Städte, die bereits solche Bücherregale haben. Deshalb unterstütze die CDU-Fraktion das Projekt.

Bezüglich der Vorgehensweise pflichtet er Stadtrat von Stackelberg bei. Auch Stadtrat Herrmann wünscht sich konkrete Standortvorschläge für die Bücherregale und eine schnelle Umsetzung.

Laut Stadtrat **Dengel** sollte die Idee in die Praxis umgesetzt werden, um zu prüfen ob sie tatsächlich funktioniert. Zuvor sollte man sich Gedanken über einen geeigneten Standort machen.

Stadtrat **Heer** äußert seine Zustimmung, weil er dieses Konzept bereits von anderen Städten kennt und es als sehr geeignet für Ludwigsburg erachtet. Als möglichen Standort könnte er sich die Bärenwiese oder die Neckarterrassen vorstellen.

Herr **Stierle** (Leiter der Stadtbibliothek) erklärt, dass bereits im Vorfeld mit anderen Fachbereichen der Verwaltung geeignete Standorte diskutiert wurden. Bei diesem besonderen Sachverhalt handle es sich um eine feste Möblierung der Innenstadt, woraus sich Schwierigkeiten bei der Standortfrage ergeben. Man habe beispielsweise überlegt, Bücherregale in einem Schaufenster in der Oberen Marktstraße integriert aufzustellen oder in die Rathausdurchgänge. Doch diese Standorte können aus verschiedenen Gründen nicht realisiert werden. Mittlerweile habe es auch Anfragen aus den Stadtteilen gegeben. Beispielsweise vom Bewohnernetzwerk der Hartenecker Höhe und dem Bürgerverein in Oßweil. Herr Stierle betont, dass öffentliche Bücherregale klassische Projekte sind, die auch anderswo durch bürgerschaftliches Engagement initiiert und vielfach durch Bürgerinitiativen finanziert wurden. Hierin sieht Herr Stierle auch die richtige Reihenfolge bei der Umsetzung des Konzepts. Dass die Stadt zunächst die Aufstellung der Bücherregale komplett finanziert und anschließend auf die Suche nach Menschen geht, die sie ehrenamtlich betreuen sollen, sei laut Herrn Stierle die Umkehrung der üblichen Herangehensweise. Bislang sei jedoch bei der Verwaltung keine Initiative (Privatpersonen, Bürgervereine, Stiftungen etc.) in Erscheinung getreten, die bereit wäre, diesen Weg zu gehen.

Stadtrat **Heer** fragt ob es bereits einen Aufruf zur Findung von Sponsoren oder Ehrenamtlichen, die sich engagieren möchten, gegeben habe. Falls dies nicht der Fall sei, sollte es nachgeholt werden. Dadurch würden sich dann vielleicht auch mögliche Standorte ergeben.

Stadträtin **Orzechowski** könnte sich die Stadtbibliothek als mögliche Schirmherrin für die Koordination des Projekts oder als Anlaufstelle für Fragen vorstellen.

Laut Herrn **Stierle** gibt es zwei Ausführungsmöglichkeiten für ein solches Projekt: Die Aufstellung von Bücherregalen im öffentlichen Raum oder in einem öffentlichen Gebäude angegliedert. Letztes gebe es bereits an verschiedenen Orten in Ludwigsburg, z. B. beim Mehrgenerationen Haus in Grünbühl, bei der Begegnungsstätte in der Stuttgarter Straße oder bei einigen Gastronomiebetrieben.

Nach der Aussprache stellt EBM **Seigfried** de Vorl.Nr. 139/16 zur Abstimmung.